

Umwelt

Stalinistischer Alptraum

Der Konflikt um ein Kraftwerk entzweit die Donau-Nachbarn Slowakei und Ungarn.

Für János Vargha geht es um die Unversehrtheit eines nationalen Heiligtums. „Wir werden uns auf keinen Fall die Donau stehen lassen“, droht der ungarische Umweltschützer, „das könnte unabsehbare Konsequenzen nach sich ziehen.“

Der Zorn des bärtigen Öko-Aktivisten, in den achtziger Jahren ein prominenter Dissident, heute Leiter des Osteuropäischen Umweltforschungsinstituts in Budapest, gilt den slowakischen Nachbarn. Deren Regierung schiebt sich an, die Donau südlich von Bratislava, wo sie noch ganz auf slowakischer Seite fließt, in einen gigantischen Kanal abzuleiten, mit dem das geplante Kraftwerk Gabčíkovo gespeist werden soll.

Gleich nach der Staumauer bei Čunovo, die noch nicht fertig ist, wird die Donau zur Grenze zwischen Ungarn und der ČSFR. Eine Umleitung des Flusses würde die Grenze zugunsten der Slowaken verschieben: sie verläuft nach dem Friedensvertrag von Trianon (1920) entlang der Schifffahrtslinie der Donau.

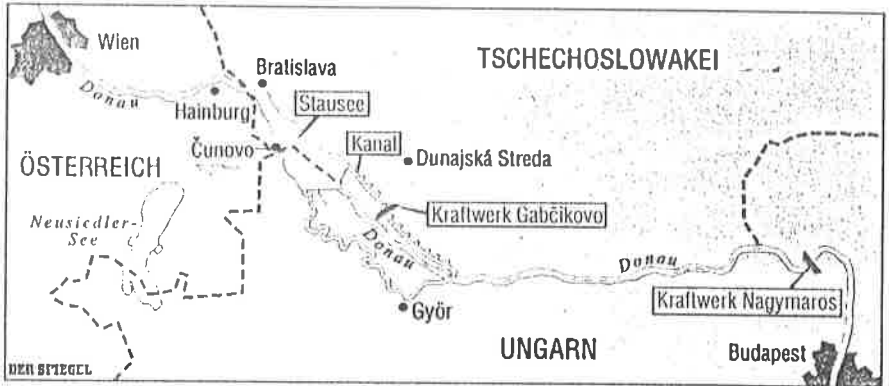
Das will Ungarn auf keinen Fall hinnehmen: „Die einseitige Umleitung der Donau steht im Gegensatz zur Respek-

tierung des Prinzips der Souveränität und der territorialen Integrität, das ein obligatorischer Bestandteil des Völkerrechts ist“, warnte der ungarische Regierungschef József Antall seinen Prager Amtskollegen Marián Čalfa.

Der Konflikt, der das Klima zwischen den Donau-Nachbarn vergiftet, ist eine Hinterlassenschaft der gemeinsamen kommunistischen Vergangenheit. 1977 hatten die ČSSR und Ungarn einen Ver-

1989 einen Baustopp in Nagymaros. Nach dem Sturz der Kommunisten wurden die Arbeiten auch weiter donauaufwärts eingestellt.

Die Slowaken hingegen machten munter weiter. Nun ist das Kraftwerk fast fertig. Von den acht geplanten Turbinen sind vier einsatzbereit; im Spätherbst sollen sie beginnen, Strom zu erzeugen, mit dem die Slowakei die Kosten des ehrgeizigen Projekts zurückzahlen will.



trag über den Bau eines Donauprojekts unterzeichnet, das aus zwei Kraftwerken bestehen sollte: bei Gabčíkovo und, 125 Kilometer flussabwärts, bei der ungarischen Ortschaft Nagymaros.

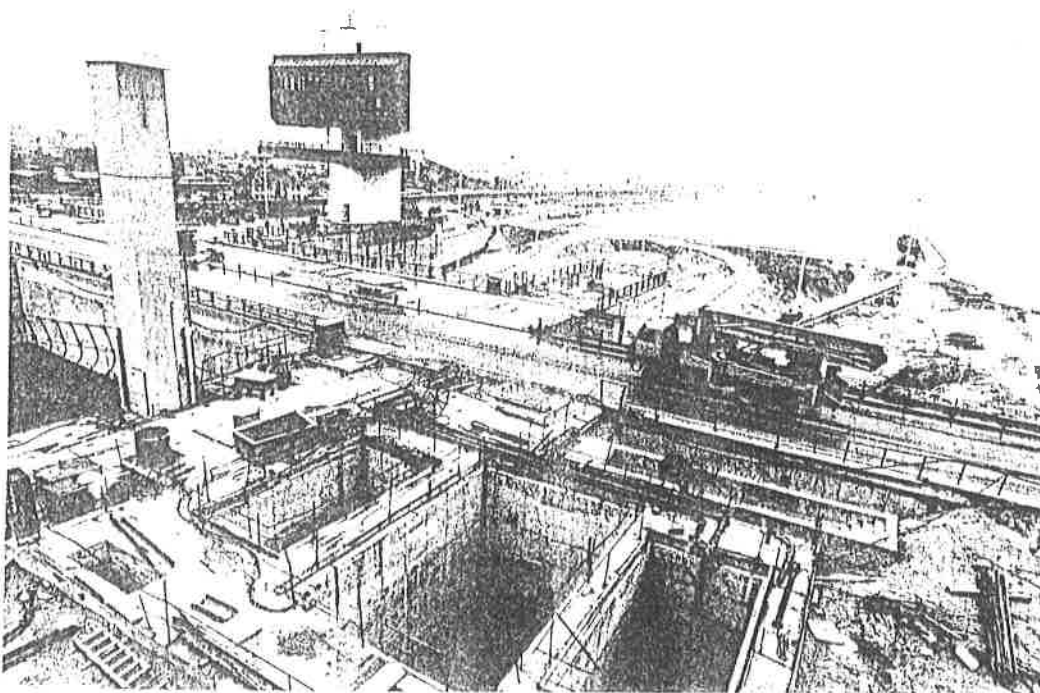
Ein Mega-Projekt – spätstalinistischer Prägung, gegen das sich in Ungarn bald Proteste von Umweltschützern regten. Der Widerstand gegen die Staustufe Nagymaros wurde zu einem Symbol für die Kritik am kommunistischen System.

Unter dem wachsenden Druck verfügte die ungarische Regierung schon

Der ungarische Baustopp erzwang eine Notlösung: Der bereits fertiggestellte Kanal von Gabčíkovo soll um acht Kilometer in Richtung Bratislava verlängert werden, um die Donau dort anzuzapfen, wo sie noch slowakisch ist. Insgesamt wird der Kraftwerkskanal dann 25 Kilometer lang und bis zu 730 Meter breit sein, eingefaßt von 20 Meter hohen Dämmen. Der Suezkanal nimmt sich dagegen bescheiden aus.

Die Ungarn hatten lange darauf vertraut, daß den Slowaken die Mittel für die Kanalverlängerung ausgehen würden. Diese Hoffnung wurde jäh zerstört, als der österreichische Ex-Vizekanzler Hannes Androsch, heute Chef der Beraterfirma Androsch International Management Consulting, sich bereit erklärte, die Finanzierung zu sichern. Damit war aus dem Zweiländerkonflikt ein Dreiländerstreit geworden.

Ungarns Regierungschef Antall warnte in einem Brief an Wiens Kanzler Franz Vranitzky davor, die Slowaken bei ihrem Vorhaben zu unterstützen, denn: „Die Bauarbeiten sind rechtswidrig und verstoßen gegen das Völkerrecht.“ Vranitzky schloß in seiner Antwort zwar aus, daß Österreich die Haftung für den von Androsch versprochenen Kredit übernehmen würde, be-



Dammbau im slowakischen Gabčíkovo: „Wahnwitziges Projekt“

tonte aber gleichzeitig, daß die Regierung in Wien „keinen Einfluß“ nehmen könne „auf die Aktivitäten von Privatunternehmen“.

Vor den ökologischen Schäden durch den „stalinistischen Alptraum“ warnt János Vargha: Unter dem Staugebiet liegt das größte Grundwasserreservoir Mitteleuropas, das durch Ablagerungen im Kanal vergiftet werden könnte.

Ende April verfaßten rund 80 ungarische und slowakische Bürgermeister auf beiden Seiten der Donau eine Protestresolution gegen den Bau von Gabčíkovo. „Die Menschen hier haben Angst vor diesem wahnwitzigen Projekt“, sagt Árpád Öllös, Bürgermeister von Dunajská Streda, einem slowakischen Städtchen mit 24 000 Einwohnern, von denen mehr als 85 Prozent Ungarn sind.

Bislang sei die ungarische Minderheit wegen des Konflikts um Gabčíkovo noch nicht unter Druck geraten, so Öllös. „weil die Slowaken viel zu sehr mit ihrem Streit mit den Tschechen beschäftigt sind“. Doch das könnte sich nach den Wahlen Anfang Juni schnell ändern, wenn die slowakischen Nationalisten weiter gestärkt werden: „Die Slowaken brauchen immer einen Feind, und zu dem könnten wir leicht werden.“

Einstweilen deutet alles auf eine Verschärfung hin. Die ungarische Regierung will den Vertrag von 1977 zum 25. Mai endgültig kündigen, wenn die Slowaken nicht unverzüglich die Bauarbeiten einstellen und einem internationalen Untersuchungsausschuß zustimmen. Das hat der slowakische Premier Ján Čarnogurský bereits schroff abgelehnt.

Prags Umweltminister Josef Vavroušek verurteilte den Ausstieg der Ungarn noch schärfer: Mit solchen Ultimaten „kann in Mitteleuropa eine ähnliche Lage entstehen wie in Jugoslawien“.



Verteidigungsminister Villiger
„Nur im allerschlimmsten Fall“

„Gruppe Schweiz ohne Armee“ scheint die Mehrheit des Volkes im Widerstand gegen die Obrigkeit hinter sich scharen zu können.

In nur zwölf Tagen sammelte die schlagkräftige Truppe über 100 000 Unterschriften und stellte damit einen Rekord auf. Am 1. Juni wollen die Armeegegner etwa 120 000 von den Gemeinden beglaubigte Unterschriften in der Berner Bundeskanzlei abgeben. Ein Fünftel mehr als erforderlich.

Die Abrüster möchten per Volksabstimmung einen Verfassungszusatz durchsetzen, der dem Parlament von Juni 1992 an bis zum Jahr 2000 den Kauf von Militärflugzeugen verbieten würde. Der Plan zielt auf ein 3,5 Milliarden Franken teures Projekt, das Mitte Juni verabschiedet werden soll – obwohl die Abgeordneten wissen, daß etwa 75 Prozent der Bevölkerung dagegen sind.

Die Militärs fordern als Ersatz für überalterte Mirage-Flugzeuge 34 amerikanische F/A-18 „Hornet“-Kampfmaschinen. Vor Wochen warb der Fliegergeneral Werner Jung im Fernsehen mit dem „luziden Wort“ (Weltwoche) für das Vorhaben, dreieinhalb Milliarden für die F/A-18 seien in einem Land nicht zuviel, wo die Säuer jährlich sieben Milliarden in ihre Rausche investierten.

Das geplante Rüstungsgeschäft mit den USA wäre das teuerste in der Geschichte der Eidgenossenschaft. Zweifel,

ob die Erneuerung der Luftwaffe durch „High-Tech mit Flügeln“ notwendig ist, wollen die Rüstungsbeschaffer nicht gelten lassen – ihre Planung geht noch auf die Zeiten des Kalten Krieges zurück.

Der freisinnige Verteidigungsminister Kaspar Villiger behauptet zwar, er sehe einer Volksabstimmung gelassen entgegen. Gleichzeitig macht er aber klar, daß eine besonders zügige Behandlung des Begehrens nicht in Frage komme: „Das wäre anderen Initiativen gegen-

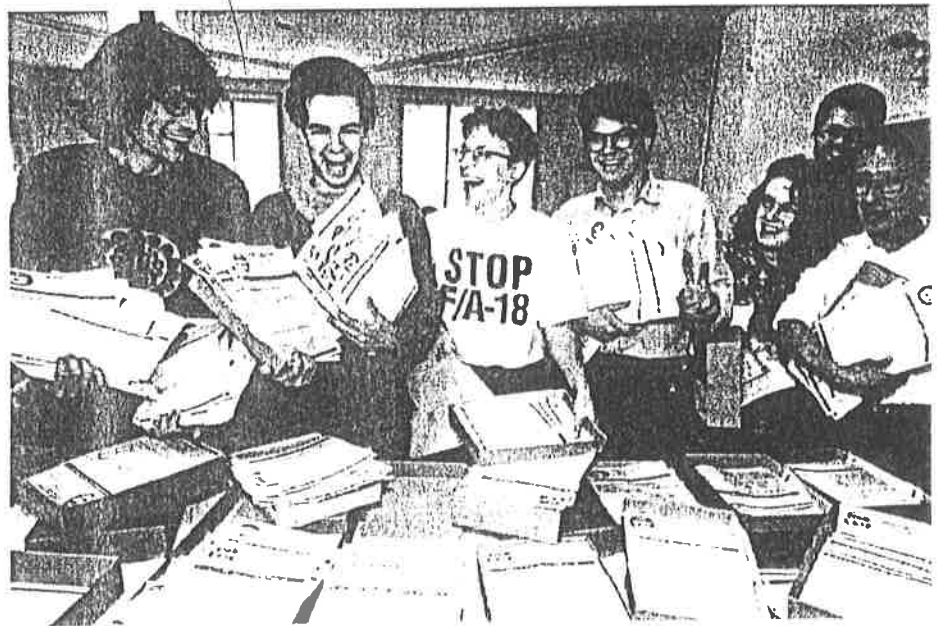
Schweiz

Kampf der Hornisse

Die umstrillene Beschaffung neuer Jagdbomber mobilisiert den Widerstandsgeist der Eidgenossen.

Der Berner Pazifist Peter Sigerist findet den Ansturm auf seinen Stand in der Innenstadt „wahnsinnig“. Belustigt berichten Zürcher Armeegegner von der Enttäuschung vieler Passanten, daß auf die ausgegebenen Karten nur drei Unterschriften passen.

Geduldig stehen Bürger jeden Alters und aus allen sozialen Schichten Schlange, um sich in die Listen des Volksbegehrens „Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge“ einzutragen. Die



Schweizer Flugzeuggegner mit Unterschriften: „Subventionen für die US-Marine“